



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.:	235-2024
Vorstossart:	Motion
Richtlinienmotion:	Nein
Geschäftsnummer:	2024.GRPARL.52
Eingereicht am:	24.11.2024
Fraktionsvorstoss:	Nein
Vorstoss Ratsorgan:	Nein
Eingereicht von:	Tanner (Biel/Bienne, SP) (Sprecher/in) Riesen (La Neuveville, SP) Schneider (Biel/Bienne, SVP) Ruch (Bern, GRÜNE) Saïd (Biel/Bienne, SP) Müller (Orvin, SVP) Patzen (Bern, GRÜNE) Junker Burkhard (Lyss, SP) Spahr (Lengnau BE, SVP)
Weitere Unterschriften:	0
Dringlichkeit verlangt:	Ja
Dringlichkeit gewährt:	Ja 28.11.2024
RRB-Nr.:	vom
Direktion:	...
Klassifizierung:	Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:	Auswahl

Kein weiterer Abbau beim Service public – Für ausreichende Poststellen!

Der Regierungsrat wird wie folgt beauftragt:

1. Die Gemeinden sind dahingehend zu unterstützen, dass die Poststellenschliessungen nicht weiter vorangetrieben werden und die Gemeinden das ihnen zustehende rechtliche Gehör gemäss Artikel 34 VPG in vollem Masse ausschöpfen können.
2. Bei der Post ist zu intervenieren und es ist eine bessere Zusammenarbeit (u. a. in Anbetracht der zunehmenden Digitalisierung) mit der Post, den betroffenen Gemeinden und den Kantonen zu erreichen. Hierbei kann das jurassische Modell als Vorbild dienen, wo die Bevölkerung im Auftrag des Kantons in den Postfilialen Hilfeleistungen der Nutzung der kantonalen digitalen Dienstleistungen (Guichet virtuel) in Anspruch nehmen kann.
3. Es ist sicherzustellen, dass alle Regionen ausreichend und angemessen mit Post-Dienstleistungsangeboten ausgestattet werden.

Begründung:

Die Post hat bekanntgegeben, 170 Postfilialen in der ganzen Schweiz zu schliessen. Im Kanton Bern sind 25 Filialen betroffen. Das Seeland und auch der Berner Jura sind besonders von der Poststellenschliessung betroffen.

Dabei will die Post auf ein neues Modell der Partnerfilialen setzen, wonach die Poststellen beispielsweise in Dorfläden betrieben werden. Grund dafür seien ein fehlender Umsatz und ein Rückgang der Einzahlungen am Schalter, was auch mit der zunehmenden Digitalisierung zu tun hat.

Für die betroffenen Gemeinden bedeutet dieser Entscheid einen starken Abbau des Service publics. Gerade für ältere Generationen ist dieser Abbau verheerend.

Damit wir einen intakten Service public erhalten können, müssen alle Ebenen (Bund, Kanton und Gemeinde) in diese Richtung zusammenarbeiten. Auf nationaler Ebene existiert bereits ein Vorstoss, der vom Nationalrat unterstützt wird.¹

Im Zusammenhang mit dieser Diskussionsgrundlage kann der Regierungsrat die lokalen Bedürfnisse und deren Positionen im Netzwerk der kantonalen Interessensvertretung (KdK) und via Standesvertreterinnen und Standesvertreter in die nationale Debatte rund um die Ausgestaltung der postalischen Grundversorgung und hinsichtlich der Motion 24.3816 einbringen.

Auf kantonomer Ebene geht der Kanton Jura mit einem Beispiel voran. Die Regierung hat sich die Dienste der Post als lokale Anlaufstelle für die Bevölkerung in Fragen rund um die Nutzung der kantonalen digitalen Angebote gesichert.² Der Regierungsrat im Kanton Bern wird mit Punkt 2 beauftragt, eine Kooperation für staatliche Aufgaben mit der Schweizerischen Post analog dem jurassischen Modell zu prüfen.

Begründung der Dringlichkeit: Die Post hat bereits einige Schliessungen kommuniziert und der Sachverhalt ist für die betroffenen Gemeinden dringlich.

Verteiler

– Grosser Rat

¹ <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20243816>

² Guichet virtuel: <https://www.post.ch/de/ueber-uns/aktuell/2023/kantonale-digitale-dienstleistungen-bei-der-post>